

GEWERKSCHAFTSPOLITIK

„Gewerkschaften auf dem Prüfstand“

Da der Aufsatz von *Helbing* (Heft 11/1967) sehr umfangreich ist und so vielfältige Fragen aufwirft, daß man sie m. E. nicht alle im Rahmen eines kurzen Diskussionsbeitrages behandeln kann, möchte ich mich auf drei Punkte des Abschnitts „Auf das Jahr 2000 zu“ beschränken.

1. Internationale Solidarität:

Sie ist nach Meinung von Horst Helbing nur noch ein zur gewerkschaftlichen Sonntagsprache gehörendes Schlagwort, ein leerer Begriff ohne „Faszination“ auf junge Gewerk-

schafter, nicht mehr mit der „Vision“ von einst verbunden.

Stimmt das? Nur der Ordnung halber sei hier die allgemein bekannte Definition des Begriffes „Solidarität“ wiederholt als „das Zusammenstehen der Menschen zur gemeinsamen Inangriffnahme und Verwirklichung gemeinsamer Ziele; gegenüber der finanziellen Übermacht der Kapitalisten die unerläßliche Voraussetzung für soziale Erfolge der Arbeitnehmerschaft“¹⁾). Daß diese Notwendigkeit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene weiterbesteht — trotz internationaler Zusammenschlüsse von Gewerkschaftsverbänden —, ist offensichtlich, und es gibt auch Beispiele hierfür, von denen ich einige anführen möchte:

Proteste der deutschen Gewerkschaften gegen die Bespitzelung der griechischen Arbeiter in unserem Lande durch Abgesandte des Athener Militärregimes²⁾).

Weigerung holländischer Fliesenleger während des Streiks ihrer deutschen Kollegen in Nordrhein-Westfalen, sich von dortigen Unternehmern als Streikbrecher anwerben zu lassen.

Internationale Proteste gegen die Anklage von Gewerkschaftsfunktionären in Spanien, die für das Francoregime relativ milde Strafen im Madrider Gewerkschaftsprozß bewirkten³⁾).

Gewerkschaftliche Entwicklungshilfe für Asien, Afrika und Lateinamerika, d. h. finanzielle Zuwendungen, Beratung und Erfahrungsaustausch⁴⁾).

Warnungen der Gummiarbeiter-Gewerkschaften in den USA, England und Italien an die Betriebsleitungen der internationalen Konzerne Goodyear, Dunlop und Pirelli, daß die Übernahme von Lieferverpflichtungen für die bestreikten deutschen Filialbetriebe zu Boykottmaßnahmen führen würden⁵⁾).

Was soll die Bemerkung, der Begriff der internationalen Solidarität übe auf junge Gewerkschafter keine „Faszination“ mehr aus, besagen? Sollen sie sich gegenseitig mit Tränen der Rührung um den Hals fallen oder mit leuchtenden Augen feierliche Schwüre austauschen? Die Jugend läßt sich heute — m. E. glücklicherweise — nicht so rasch „faszinieren“, d. h. „durch blendende Erscheinungen in Erstaunen setzen, beeindrucken“⁶⁾) wie ihre Eltern.

Ich möchte es gleichfalls nicht bedauern, daß der Begriff der Solidarität nicht mehr die „Vision“ von einst erweckt, sind doch Visionen zu eng verbunden mit übernatürlichen Offenbarungen, Mystik, Erscheinungen, Erleuchtungen, Traum- und Trugbildern⁶⁾).

Internationale Solidarität besteht nach wie vor und ist heute so notwendig wie früher, was m. E. auch von der überwiegenden Mehr-

heit der Gewerkschafter anerkannt wird — allerdings in unserem Zeitalter der Technik ohne die gefühlvollen Ausdrucksformen der Vergangenheit, aber in der Wirkung durchaus nicht geringer, und darauf kommt es an!

2. Realisierung von „Utopien“ durch Mitgliedschaft in Ausschüssen:

Daß die Arbeitnehmer heute allenfalls genötigt sind, „in diesen oder jenen Ausschuß zu gehen“, um die Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen zu erreichen, wird durch die Tatsachen eindeutig widerlegt. Zwar gab es unter den Industrieländern der westlichen Welt in den letzten Jahren nirgends so wenige Streiks wie in der Bundesrepublik, da die Unternehmer während der Hochkonjunktur eher bereit waren, Forderungen der Arbeitnehmer auch ohne Streiks zu erfüllen. Trotzdem mußte selbst während dieser günstigen Konjunkturlage in Schleswig-Holstein wochenlang gestreikt werden, um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die Arbeiter zu erzwingen. Durch „Ausschüsse“ war das nicht zu bewirken! Die abflauende Konjunktur liefert weitere Beispiele dafür, daß die Ausschußtheorie einer Erprobung nicht standhält. Erwähnt seien nur der neunwöchige Fliesenlegerstreik vom 10. 7. bis Anfang September 1967 und der Streik in der hessischen Gummiindustrie im November 1967.

3. Verwirklichung des volkswirtschaftlichen Rahmenplanes des DGB durch die jetzige Bundesregierung:

Horst Helbing meint, diese Forderung des DGB werde heute realisiert, aber die sich aus der Erfüllung ergebenden Konsequenzen lösten in den Reihen der Gewerkschaften keineswegs eitel Freude aus. Inwieweit ist eigentlich der DGB an der diesbezüglichen Regierungsplanung beteiligt gewesen, wie es im Grundsatzprogramm von 1963 gefordert wird? Ist die Äußerung einer für die Regierung unverbindlichen Meinung eine Beteiligung zu nennen?

Es würde zu weit führen, auf die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze“ des Grundsatzprogramms im einzelnen einzugehen. Nur einige, heute m. E. besonders aktuelle Forderungen seien herausgegriffen. Von einer „gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung“⁷⁾ sind wir heute weiter entfernt als 1963. Helbing selbst schreibt dazu: „Gegenwärtig muß die Bundesregierung die Unternehmer fast kniefällig bitten, doch mit Hilfe öffentlicher

1) Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall.

2) „Metall“ 14. 11. 67.

3) „Der Gewerkschafter“ 9/66.

4) „Der Gewerkschafter“ 11/67.

5) „Welt der Arbeit“ 24. 11. 67.

6) Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall.

7) „Wirtschaftspolitische Grundsätze“ des DGB-Grundsatzprogramms.

Mittel zu investieren, mit Hilfe des Staates die Gewinne zu steigern. Schon kündigt sich eine neue Gewinnexplosion an, eine zweite spektakuläre Vermögensbildung bei den Unternehmen zeichnet sich ab. Dennoch sträuben sich Sprecher der Unternehmerverbände, eine gerechte Verteilung dieser Vermögen auch nur zu erörtern⁸⁾."

Die „Sicherung der Vollbeschäftigung“ ist nicht mehr gegeben, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist bis heute nicht verbessert worden. Das, was der DGB in seinem Grundsatzzprogramm fordert, geschieht eben gerade nicht, vielmehr erfolgt die mittelfristige Finanzplanung bisher — trotz der Proteste des DGB z. B. gegen die Herabsetzung der Regierungszuschüsse zur Rentenversicherung, gegen die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner usw. — eindeutig auf Kosten der Arbeitnehmer, und es ist nicht abzusehen, ob sich das in Zukunft ändern wird. Darum löst die hinter „sozialer Symmetrie“, „konzertierter Aktion“ und anderen Wortschöpfungen von Minister *Schiller* stehende Wirklichkeit verständlicherweise unter der Arbeitnehmerschaft Unruhe und Unmut aus. *Jutta Henke*

8) „Die Quelle“ 11/67.

Wir brauchen Interessenpolitik für die Arbeitnehmer

Das Verdienst von Vilmar's Thesen (Heft 12/1967) besteht darin, die Richtung für die Formulierung von gewerkschaftlicher Interessenpolitik gewiesen zu haben.

Die Arbeitnehmer mußten in der Rezession 1966/67 erfahren, daß sie die Kosten für eine verfehlte Wirtschafts- und Militärpolitik zu bezahlen haben. Die Sozialleistungen wurden verringert, um eine „NATO-hörige Wehrpolitik“ aufrechtzuerhalten.

Soll jedoch verhindert werden, daß die nächste Rezession wieder zu Lasten der Arbeitnehmer geht, daß man wieder nicht umhin kann, „den Unternehmern Investitionsanreize zu geben“, so müssen die Gewerkschaften eine klare Interessenpolitik formulieren und mit allen Mitteln durchsetzen.

Um diese Politik durchzusetzen, genügt es keinesfalls, wie Kollege *Rosenberg* meinte, „daß die Gewerkschaften in ständigem Kontakt mit den verantwortlichen Parteigremien ihren Einfluß auf die Entscheidungen der Parteien in allen solchen Fragen geltend machen, die sie als Gewerkschaften interessieren.“ (Heft 12/1967)

Max Weber definierte Politik als Kampf um Macht; diese Definition halten wir auch heute noch für treffend, sie drückt im wesentlichen aus, was Politik charakterisiert. Wenn die Parteigremien Kollegen *Rosenberg* anhören, so fragen sie: „Welchen Druck kann der

Rosenberg schon ausüben, um seine Forderungen durchzusetzen, der kann sich ja noch nicht einmal auf die Abgeordneten verlassen, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind?“

So kommt das Paradoxe zustande, daß man in Bonn einfach über die Interessen von 80 % der Bevölkerung zur Tagesordnung übergehen kann, weil der Verband, der die Interessen dieser 80 % vertritt, nicht in der Lage ist, eine klare Interessenpolitik für sie zu formulieren. Der Inhalt einer solchen Interessenpolitik muß darin bestehen, daß unser Grundsatz- und Aktionsprogramm umgesetzt wird in — wie *Vilmar* fordert — (konkrete politische Forderungen und Ziele. Zu deren Durchsetzung muß eben Druck organisiert werden; wenn der Kollege *Rosenberg* meint: „Der Einfluß der Arbeitnehmerschaft innerhalb der großen Parteien erscheint ungenügend. Der Grund dafür ist nicht nur ein Mangel an Bereitschaft von Seiten der Parteien und gewiß nicht der SPD, sondern vor allem ein Mangel an parteipolitischen Engagement der Arbeiterschaft“, so muß man fragen, ob Kollege *Rosenberg* nicht die konkreten Gründe für dieses mangelnde Engagement kennt.

Wir sehen folgende Gründe:

1. Der Nazismus hat die Kader der traditionellen Arbeiterbewegung entscheidend dezimiert, damit wurde die politische Potenz der Arbeiterschaft geschwächt.

2. Der Nazismus hat bei breiten Schichten der Arbeiterschaft politisches Denken ausgemerzt und ein sklavisches Vertrauen auf „die da oben“ herangezüchtet.

3. Die Entnazifizierung nach dem Kriege richtete sich im wesentlichen gegen die kleinen Mitläufer, die sich nicht, wie die hohen Nazi-Bürokraten a la *Globke*, einen „Persilschein“ besorgen konnten. Große Teile der Bevölkerung sahen diese Entnazifizierung als Bestrafung für politisches Engagement an. Die natürliche Folge: „Wir wollen nie wieder etwas mit Politik zu tun haben“. Die Jahrgänge, die hiervon betroffen wurden, bestimmten weitgehend das Bild der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre.

4. Alle Ansätze, nach 1945 in den Parteien demokratisches Selbstbewußtsein zu entwickeln, wurden von der Parteibürokratie im Namen von „Geschlossenheit, Eintracht usw.“ abgewürgt. Den Anfang dieser Politik machte *Adenauer* in der CDU, als er konsequent die Rolle des linken Flügels zurückdrängte. Entscheidend weitergeführt hat diese Politik allerdings erst die *Werner-Fraktion* in der SPD, indem sie konsequent mit Hilfe der Parteibürokratie „die Partei auf *Vordermann*“ brachte.

5. Der kleine Mann erlebte nach 1945 in den Parteien, daß seine Meinung, die er nicht

immer grammatikalisch richtig und oft auch nicht im reinsten Hochdeutsch vertreten konnte, von den Mächtigen in den Parteien als nicht wesentlich übergangen wurde. Dies in Verbindung mit den sog. „Nachholwellen“ — was hatten die Jahrgänge ab 1900 bisher von ihrem Leben gehabt? — gibt erst den Hintergrund ab für das „mangelnde parteipolitische Engagement der Arbeitnehmerschaft“. Sie zog sich zurück, weil sie die Notwendigkeit und den Erfolg ihres Engagements nicht mehr einsah. Es ist heute an der Zeit, daß man das politische Engagement der Arbeitnehmerschaft reaktiviert und dies muß organisiert werden. Die Stärke der deutschen Arbeiterbewegung lag immer in ihrer Organisation; das war aber auch ihre große Schwäche in dem Augenblick, wo spontanes Handeln der Massen not getan hätte; da starteten sie wie geblüht auf ihre Führung: was wird die Organisation tun? 1933 ist hier ein lehrreiches Beispiel. Kurz, wir können uns heute nicht auf ein spontanes parteipolitisches Engagement der Arbeitnehmerschaft verlassen, wir müssen dieses parteipolitische Engagement organisieren. Abgesehen davon warten auch heute viele Kollegen darauf, „daß die Gewerkschaft etwas tut“.

Als Sofortprogramm müßte realisiert werden:

1. Abhalten von christdemokratischen und sozialdemokratischen Gewerkschafterkonferenzen auf allen Ebenen. Auf diesen Konferenzen müssen Beschlüsse gefaßt werden zu konkreten politischen Problemen, auf ihnen muß gewerkschaftliche Interessenpolitik formuliert werden und die Methoden ihrer Durchsetzung müssen ebenfalls diskutiert werden. Hierzu gehört auch die Diskussion von personellen Alternativen bei der Wahl irgendwelcher Parteigremien. Das gewerkschaftlich organisierte Parteimitglied muß konkret wissen, daß es in der Auseinandersetzung in seiner Partei nicht allein steht, daß seine Meinung und sein Standpunkt von anderen Kollegen geteilt und unterstützt wird.

Der gewerkschaftliche Einfluß muß in den Parteien unten endlich relevant gemacht werden; erst wenn die Parteispitzen wirklich mit Druck von unten in ihren Organisationen rechnen müssen, werden die Verhandlungen des Kollegen Rosenberg in Bonn konkretere Erfolge haben als bisher.

2. Die gewerkschaftlich organisierten Parlamentarier müssen verpflichtet werden, sich an die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und an das DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm zu halten. Verfolgen sie eine Politik in den Parlamenten, die gegen DGB-Grundsätze verstößt, so müßte das zur Folge haben:

- a) Öffentliche Diskussion des anti-gewerkschaftlichen Verhaltens dieses Abgeordneten; sie ist in der Gewerkschaftspresse zu veröffentlichen.

- b) Beachtet der Abgeordnete diese Willensäußerung nicht, so müßten ihm seine gewerkschaftlichen Funktionen entzogen werden. Nur wenn ihm die Mitglieder des DGB-Kreises, in dem er organisiert ist, das Vertrauen aussprechen, behält er seine Funktionen.

- c) Setzt sich der Abgeordnete fortlaufend über DGB-Beschlüsse hinweg, so ist er auszuschließen.

Es ist nämlich nicht einzusehen, warum die Gewerkschaftsbeschlüsse nur für „einfache Mitglieder“ und untere Funktionäre gelten sollen. Ein sehr gutes Vorbild für konsequente Interessenpolitik liefern der BDI und der Bauernverband. Von Minister *Stoltenberg*, dem Kruppdirektor, hat man noch nicht gehört, daß er sich gegen Unternehmerinteressen gewandt hätte. Von ihm hat man noch nicht gehört, daß er für die Ausweitung der Mitbestimmung wäre oder eine gegen die Interessen der Großindustrie gerichtete Politik verträte. Er weiß zu gut (*Stoltenberg* ist Repräsentant für über zwanzig Vertreter der Interessen der Großindustrie im Bundestag), daß er bei der nächsten Wahl nicht wieder aufgestellt würde.

Der BDI hat es überhaupt nicht nötig, „seine Abgeordneten“ zu verpflichten, Unternehmerpolitik zu vertreten; so etwas versteht sich für diese von selbst. Es ist vom Standpunkt und den Interessen des BDI völlig berechtigt, nur solche Abgeordnete über die Landeslisten der Parteien zu nominieren, die Unternehmerpolitik im Bundestag garantieren. Vom BDI können wir lernen, wie man Interessenpolitik betreibt.

Eine Interessenpolitik der Gewerkschaften muß sich qualitativ von der des BDI unterscheiden: Wir müssen unsere Zahl zur Geltung bringen, unsere Politik in aller Öffentlichkeit diskutieren und bei den Gewerkschaftsmitgliedern einen Politisierungsprozeß in Gang setzen und fördern, der sie in die Lage versetzt, politisch mündig zu handeln.

Interessenpolitik der Gewerkschaften kann deshalb auf die Kurzformel konsequente Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gebracht werden.

Gewerkschaftliche Studentengruppe an der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg, *Niels Mauermann*, 1. Vorsitzender

Und noch einmal: Vilmar's Thesen

Zunächst darf ich mich über die Antwort freuen, die Fritz Vilmar auf meine Bemerkungen zu seinen Thesen (Heft 12/1967) in Heft 1/1968 gegeben hat. Ich bin um so mehr darüber erfreut, als offensichtlich meine Zeilen zur Klärung möglicher Mißverständnisse beigetragen haben.

Ebenso erfreut bin ich, daß von Seiten der Gewerkschaftlichen Studentengruppe an der

Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg ein Diskussionsbeitrag zu diesem Thema eingegangen ist. Allerdings bedauere ich, daß der offensichtlichsten Forderung, mit der dieser Beitrag verfaßt wurde, die sachliche Qualität nicht zu entsprechen scheint.

Es wird in dieser Zuschrift von der „Macht“ und dem „Druck“ gesprochen, den die Gewerkschaften ausüben vermögen oder nicht vermögen. Es wird ebenso davon gesprochen, daß die Gewerkschaften „eine gewerkschaftliche Interessenpolitik formulieren“ sollten. Und daß „man in Bonn einfach über die Interessen von 80 % der Bevölkerung zur Tagesordnung übergehen kann, weil der Verband“ — gemeint sind wohl der DGB und die Gewerkschaften — „nicht in der Lage ist, eine klare Interessenpolitik für sie zu formulieren“. Und daß „unser Grundsatz- und Aktionsprogramm in konkrete politische Ziele umgesetzt werden muß“.

Unser Grundsatz- und unser Aktionsprogramm enthalten konkrete politische Ziele. Sie werden dauernd und ständig durch Beschlüsse und entsprechende Maßnahmen des Bundesvorstandes und Bundesausschusses den aktuellen politischen Situationen gemäß formuliert und vertreten.

Es ist also nicht recht verständlich, welche Ziele man formulieren sollte, die bereits sehr klar formuliert sind. Es ist ebensowenig ersichtlich, warum man für die mangelnde Aktivität der Mitglieder Erklärungen zitiert, die erstens bekannt sind und zweitens noch längst nicht vollständig sind — und trotz allem keine Entschuldigung darstellen können.

Es ist auch offenbar übersehen worden, daß die Menschen — und nicht nur unsere Mitglieder — wenn überhaupt offensichtlich viel mehr mit politischen Fragen wie Vietnam, Abrüstung, Ost-West-Konflikt, Nah-Ost-Konflikt usw. usw. beschäftigt werden als mit jenen Aufgaben unseres Aktionsprogramms wie Bildungsurlaub, Strukturfragen, Soziale Sicherheit, Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung usw.

Woran das liegt will ich nicht hier erörtern — ich will nur feststellen, daß dem unzweifelhaft so ist. Und ich will gleichzeitig — um Mißverständnissen vorzubeugen — betonen, daß ich Fragen wie Vietnam, Abrüstung usw. usw. für sehr wichtige und auch für die Gewerkschaften sehr bedeutende ansehe. — Es kann aber wohl kaum bestritten werden, daß dabei die politischen Fragen unserer Interessenpolitik, von denen der Diskussionsbeitrag spricht, in der Bewußtseinsbildung etwas zu kurz zu kommen scheinen.

Was also kann man tun, um das zu ändern?

Wenn der gewerkschaftliche Einfluß in den Parteien *von unten* relevant gemacht werden muß, wie die Verfasser fordern, so geschieht das nicht dadurch, daß man durch Gewerkschafterkonferenzen auf allen Ebenen zu „kon-

kreten politischen Problemen Beschlüsse faßt“ — sondern dadurch, daß sich Gewerkschafter in ihren Parteien aktiv und direkt betätigen und dort die bereits formulierten und bekannten Forderungen auf allen Ebenen der Parteien vertreten. Der Druck von unten, von dem die Verfasser sprechen, kann nur innerhalb der Parteien und nicht von außerhalb kommen. Genau so wie die Parteien nur über den Weg des aktiven Gewerkschaftsmitgliedes in den Gewerkschaften wirken können.

Unsere Mitglieder müssen sich eben in den Parteien selbst betätigen — und nicht die Ausrede für ihre Inaktivität anführen, da sei der „Apparat“ zu stark. Nur wenn genügend Gewerkschafter in den Parteien unsere Vorstellungen vertreten, werden sie und wir genügend Einfluß auf die Entscheidungen der Parteien ausüben. Es gibt keinen anderen Weg.

Der Vorschlag, gewerkschaftlich organisierte Parlamentarier unter gewerkschaftliche Kontrolle zu stellen und ihnen schließlich mit dem Ausschluß aus den Gewerkschaften zu drohen, widerspricht dem Grundgesetz, das die persönliche Unabhängigkeit des Abgeordneten schützt. Das sollte allgemein bekannt sein — und ist im Prinzip auch richtig, denn was würden wir wohl sagen, wenn andere — unsere Gegner zum Beispiel — solche Ausschluß- oder Strafmaßnahmen praktizieren wollten?

Um die Abgeordneten direkter als das bisher der Fall ist ihren Wählern verantwortlich zu machen, um den lebendigen Kontakt mit seinen Wählern für jeden Abgeordneten als lebenswichtig wirksam zu machen, ist das Mehrheitswahlrecht zweifellos ein sehr effektives Mittel. Jeder, der z. B. in England das Mehrheitswahlrecht in der Praxis beobachten konnte, und zwar im täglichen Leben als Bürger einer Gemeinde, weiß wieviel enger der persönliche Kontakt zwischen direkt gewählten Abgeordneten zu ihren Wählern — und Nichtwählern — ist als das bei unserem Listenwahlrecht der Fall ist. Er weiß auch, wieviel unabhängiger vom Parteiapparat der Gewählte sich verhält. —

Was ist also zu dieser Zuschrift zu sagen?

Es bedarf keiner Neu-Formulierung von gewerkschaftlicher Interessenpolitik; sie gibt es im Grundsatz- und Aktions-Programm, wie die Verfasser der Zuschrift selbst sagen. Wo sie den jeweiligen politischen Verhältnissen anzupassen sein sollte, geschieht das ständig.

Welche Macht können die Gewerkschaften ausüben, fragen die Verfasser. Genau so viel Macht wie ihre Mitglieder bereit sind, sich für die Forderungen der Gewerkschaften einzusetzen — das heißt in Wirklichkeit, sich überhaupt für politische Fragen zu interessieren und zu engagieren. Wenn das bisher nicht ausreichend geschieht, so ist dafür zu sorgen, daß das politische Engagement der Mitglieder gefördert wird.

Wie kann das geschehen? Nicht durch Konferenzen der Kollegen und Kolleginnen, die ja bereits engagiert sind, sondern durch direkte Ansprache im Betrieb — am Arbeitsplatz — überall und jederzeit. Es fehlt uns nicht an Resolutionen, an Beschlüssen und an Erklärungen. Es fehlt uns — wie überall in Deutschland — an Demokraten, die sich selbst verpflichtet halten, etwas zu tun. Es gibt zu viele Menschen, die in Gewerkschaften und Parteien von den Funktionären oder dem Apparat alles erwarten — und selbst inzwischen vorm Fernsehschirm sitzen und keinen Krimi versäumen wollen. Es fehlt an Menschen, die ihre Parteiversammlung so ernst nehmen wie ein Bundesligaspiel. Kurz: es fehlt an Demokraten in dieser Demokratie.

Diesen Mangel durch Konferenzen oder durch Druck auf Gewerkschafter ersetzen zu wollen, ist genau wieder der Ausfluß des Glaubens an die „da oben“ — den man mit Recht so kritisiert.

Diese Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder kann durch nichts ersetzt werden. Sie zu fördern, sie lebendig werden zu lassen, ist Aufgabe jedes einzelnen Gewerkschafters durch harte tägliche Arbeit, dauerndes direktes Einzelgespräch, unermüdliche Diskussion mit jedem Mann und jeder Frau.

Es gibt keinen anderen Weg, denn (wie sagt Kästner?): Es gibt nichts Gutes, es sei denn — man tut es!

Ludwig Rosenberg

Eine Gegendarstellung

Lieber Kollege Fabian,

im Dezemberheft der Gewerkschaftlichen Monatshefte, das mir leider erst heute, aber doch immerhin noch rechtzeitig vor Augen kommt, finde ich in den „Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften“ von Fritz Vilmar auf Seite 741 folgenden Satz: „Es ist

ein Armutszeugnis, wenn selbst Sozialdemokraten (z. B. Helmut Schmidt) forcierte rüstungstechnologische Ausgaben mit Hinweis auf ihren allgemeinen technologischen Nutzen fördern.“

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. Mai 1966 bitte ich um Abdruck folgender Gegendarstellung: „Es trifft nicht zu, daß ich forcierte rüstungstechnologische Ausgaben mit Hinweis auf ihren allgemeinen technologischen Nutzen gefordert habe.“

Mit kollegialem Gruß

Helmut Schmidt

Und eine Antwort

Am 25. Oktober 1966 legte die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache V/1039), „betr. wehrtechnische Forschung“, vor, in der es u. a. heißt:

„3. Was hat das Bundesministerium der Verteidigung bisher unternommen, um die wehrtechnische Forschung an Universitäten und Technischen Hochschulen zu fördern?“

4. Wie weit kann nach Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung die wehrtechnische Forschung dazu beitragen, den Leistungsstand der deutschen Wissenschaft und der wirtschaftlichen Technologie nachhaltig zu fördern?

5. Gibt es im Bundesministerium der Verteidigung Vorstellungen darüber, welcher prozentualer Anteil des Verteidigungshaushaltes jährlich und langfristig für die wehrtechnische Forschung aufgewendet werden sollte?“

Will Helmut Schmidt, der langjährige Wehrexperte der SPD, bestreiten, daß diese Anfrage auf seine Veranlassung hin erfolgte? Dann sollte er das Interview nachlesen, das er zur gleichen Zeit (31. 10. 66) der „Welt“ gab.

Fritz Vilmar